agenzia fides
Fondata nel 1927
Organo di informazione delle Pontificie Opere Missionarie
http://www.fides.org

EUROPA - Europäische Justitia et Pax-Kommissionen: der „arabische Frühling" muss unabhängig von vorgefertigten Schemen analysiert werden

Rabat (Fidesdienst) – Der „arabische Frühling" ist ein „komplexes Phänomen", das unabhängig von vorgefertigten Schemen betrachtet und verstanden werden sollte. Europäer sollten „das Recht der anderen Nationen auf eine Definierung der Demokratie entsprechend der jeweiligen Traditionen und religiösen Überzeugungen" respektieren. Dies bekräftigen Vertreter der europäischen „Justitia et Pax"-Kommissionen unter Berufung auf die Notwendigkeit eines kollektiven Erkenntnisprozesses zu den jüngsten Entwicklungen in der arabischen Welt

Die Situation fast zwei Jahre nach dem Beginn des "Arabischen Frühlings" war zentrales Themen der Jahreskonferenz der Europäischen "Justitia et Pax"-Kommissionen, die vom 14. bis 18. September in Malta tagte. Vertreter der 30 nationalen kirchlichen Kommissionen für "Gerechtigkeit und Frieden" reflektierten und erörterten bei dem Treffen die weit reichenden gesellschaftlichen und politischen Transformationen in der arabischen Welt. Nach Ansicht der Vertreter der Kommissionen für Gerechtigkeit und Frieden ist bei allen arabischen Aufständen ein gemeinsames Streben nach Freiheit zu erkennen und die Sehnsucht danach, die lange Zeit von unterdrückerischen Regimes verweigerten Rechte in Anspruch zu nehmen". Diese Bestrebungen „müssen im Rahmen eines langen und mühsamen Weges der nationalen Neugründung verwirklicht werden". Doch in einigen Fällen gebe es bereits allarmierende Vorzeichen: es werde offensichtlich, dass „die Hoffnung der Frustration weicht, je länger die Träume von einer besseren Zukunft sich nicht verwirklichen". Eine Gefahr seien in einer solchen Überganszeit vor allem „interne und externe Kräfte, die versuchen Spaltung, Gewalt und Unsicherheit hervorzurufen und auszunutzen".

Im Bewusstsein des Wertes demokratischer Systeme dürfe man in Europa jedoch nicht annehmen „dass diese einfach in einen anderen staatlichen Kontext und Kulturkreis übertragen werden können". Man müsse vielmehr historische Prozesse und die dafür notwendige Zeit respektieren, ohne dabei aber auf den „Schutz der Menschenwürde und der Menschenrechte" zu pochen.

Während ihrer Tagung besuchten die Vertreter der „Justitia et Pax"-Kommissionen auch verschiedene Aufnahmezentren für afrikanische Bootsflüchtlinge. „Wir waren schockiert darüber, unter welch prekären Umständen Menschen in unseren heutigen modernen und entwickelten Gesellschaften leben müssen", heißt es im Bericht zur Jahresversammlung. „Europäische Länder des Mittelmeerraums – wie Spanien, Italien, Griechenland und Malta – tragen eine schwere Last (…) und die anderen Länder dürfen sich nicht der Illusion hingeben, dass sie wegen ihrer geographischen Lage keine Verantwortung tragen", mahnen die Versammlungsteilnehmer, die auch auf die Verantwortlichkeit der Medien hinweisen, die von „Invasionen" berichten und zum Entstehen von "Rassismus und Fremdenhass beitragen".

Abschließend regen die Vertreter der Kommissionen für Gerechtigkeit und Frieden eine verbindliche Kampagne im Hinblick auf die Bekämpfung des Waffenhandels an, „die zum Entstehen einer sicheren Welt" beitragen soll. (GV) (Fidesdienst 20/09/2012)

I contenuti del sito sono pubblicati sotto Licenza Creative Common - http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.it